

**"Der Ukraine-Krieg
macht uns alle
ärmer."**

Christian Lindner



Olef Kosinsky (kosinsky.eu) / CC BY-SA 3.0-de

**Rüstungsindustrie
und
Öl-Konzerne:**

Instagram: @bundestagsperli



„Nein, Herr Lindner, nicht alle werden ärmer“, erklärt der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Viktor Perli. „Bei den Rüstungs- und Öl-Konzernen knallen die Sektorkorken wegen der Extra-Profitte. Allein die Öl-Konzerne haben in Europa seit Beginn des Krieges in der Ukraine drei Milliarden Euro mehr durch höhere Preise für Diesel und Benzin eingefahren.“

Projekte mit Polen wichtig

Nach der Wahl am 15. Oktober könnte eine proeuropäische Regierung gebildet werden.

Am Sonntag haben die polnischen Bürgerinnen und Bürger ein neues Parlament gewählt. Neben einem neuen Sejm und Senat stimmten sie im Rahmen eines Referendums auch über den EU-Asylkompromiss ab. Es besteht die Chance auf ein Dreierregierungs-bündnis um die proeuropäische Bürgerkoalition um Donald Tusk.

„Das könnte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Polen in Zukunft wieder verbessern“, erklärt Bettina Fortunato, Landtagsabgeordnete der LINKEN. Viele gemeinschaftliche Projekte hätten in der Vergangenheit gelitten, solange die Zentralregierung Polens diese blockiert und auf nationale Abschottung gesetzt habe. Darunter „leidet das Miteinander der Menschen beiderseits der Grenze, die tagtäglich im Kontext von Schule, Arbeit oder

Privatleben zwischen den Regionen pendeln“, so Fortunato. „Umso wichtiger ist es, dass wir uns gemeinsam mit unseren polnischen Partnerinnen und Partnern für eine gute Zusammenarbeit entlang der Grenzregion einsetzen.“

Der Europaabgeordnete der LINKEN, Helmut Scholz, erklärt: „Sollten die Oppositionsparteien, die einen proeuropäischen Wahlkampf geführt haben, in Zukunft die polnische Regierung stellen, so hat die Europäische Union zumindest aus Polen hoffentlich keine weiteren Angriffe von Rechts zu befürchten. Das stimmt uns hoffnungsvoll, beobachten wir in der EU doch einen zunehmend nationalistischen Kurs einzelner Länder, der die dringend benötigten Reformen für eine Demokratisierung der Institutionen sowie das Vertiefen solidarischer EU-Politik gravierend behindert.“

Rentendiebstahl rückgängig machen

Frist für Härtefallfonds für bestimmte Ostrenten bis 31. Januar 2024 verlängert/
LINKE fordert Einmalzahlung an Betroffene

Im Januar dieses Jahres startete der Härtefallfonds für bestimmte Berufsgruppen zur „Abmilderung von Härtefällen in der Ost-West-Rentenüberleitung“. Der vom Bund geschaffene Fonds soll Härten im Zusammenhang mit der Überleitung der DDR-Renten in das bundesdeutsche Rentensystem abfedern, Einmalzahlungen bis 5.000 Euro sind möglich. Ende Juni 2023 begannen die Auszahlungen, am 30. September 2023 sollte die Antragsfrist enden. Doch waren auffällig zu wenig Anträge eingegangen, sodass die Frist jetzt bis zum 31. Januar 2024 verlängert wurde. Die Anträge finden sich auf www.deutsche-rentenversicherung.de.

Rund 90 Prozent der betroffenen Rentner:innen können die Einmalzahlung jedoch gar nicht erst beantragen, da die strengen Kriterien sie von vornherein ausschließen. „Tausende Brandenburger Rentner:innen werden seit über 30 Jahren um ihr hart erarbeitetes Geld aus Betriebsrenten der DDR gebracht und noch immer ist keine Gerechtigkeit in Sicht“, erklärt der Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter. „Bis zu 300 Euro weniger pro Monat bedeutet das konkret für ältere Menschen in Brandenburg. Das ist Rentendiebstahl!“

Die aktuellen Zahlen zeigten laut Walter, dass der vom Bund geschaffene Härtefallfonds völlig am Problem vorbei gehe. „Bisher stellten 1.055 Brandenburger:innen einen entsprechenden Antrag, gerade mal 11 Anträge wurden bisher bewilligt. Die Fristverlängerung allein wird das Problem nicht lösen“, erklärt Walter weiter. Die Fraktion der LINKEN im Brandenburger Landtag fordert deshalb eine kurzfristige Erweiterung der antragsberechtigten Personengruppen sowie einen

Gerechtigkeitsfonds mit einer Einmalzahlung von 25.000 Euro pro Antrag!

„Die Landesregierung muss endlich ihre Verantwortungslosigkeit aufgeben und Ministerpräsident Woidke sich persönlich für einen Gerechtigkeitsfonds einsetzen“, meint Sebastian Walter. „Es geht um tausende Brandenburgerinnen und Brandenburger, die endlich eine Anerkennung ihrer Lebensleistung verdient haben. Diese anhaltende Demütigung von Ostdeutschen, die in der Braunkohle, der Post und bei der Reichsbahn gearbeitet haben und insbesondere die von in der DDR geschiedenen Frauen, muss endlich beendet werden!“

Veronika Hellberg

Aufgepasst!

Die nächste Papierausgabe der Offenen Worte erscheint am 19. Oktober.

Sie wird am 19. Oktober an das Links-Eck in Eberswalde, Heegermühler Str. 15 sowie das Bürgerbüro der LINKEN in Bernau, Berliner Str. 17, geliefert.

Die Zeitung kann von dort zum Lesen und zur Verteilung abgeholt werden.

Sendepause:

OWO macht eine kurze Pause. Nächste Online-Ausgabe am 12. November.

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Dominik Rabe.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
12. November